

POLIZEI

Sparen beim Alarm

Bei Notrufen durch Alarmanlagen arbeitet die hessische Polizei künftig mit privaten Sicherheitsunternehmen zusammen. Um kostenaufwendige Einsätze durch Fehlalarme zu vermeiden, erprobte das Land Hessen in einem Pilotversuch („Alarmkarte 97“) sechs Monate das Zusammenspiel von Polizei und Sicherheitsdienstleistern. Ging irgendwo eine Alarmanlage los, lief der Ruf bei den Privaten auf, die dann prüften, ob ein Polizeieinsatz wirklich notwendig war.

Nur dann riefen sie telefonisch die staatlichen Helfer und faxten ein Standardformular mit detaillierten Objektinformationen, die sogenannte Alarmkarte, an die zuständige Dienststelle. Das war in nur 201 von insgesamt 4150 Alarmauslösungen der Fall. Davon erwiesen sich immer noch 122 Fälle als Fehlalarm. Mehrere Bundesländer, darunter Hamburg, interessieren sich bereits für das hessische Modell.



Einsatzzentrale eines Sicherheitsdienstes

VERTRIEBENE

Rigide Positionen

Mit markigen Sprüchen versucht Erika Steinbach, die neue Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), ihrer Organisation wieder mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen. „Wir lassen uns nicht in der Besenstube der Geschichte abstellen“, sagte sie jetzt auf dem Pommerntreffen in Greifswald. Ein Teil der östlichen Nachbarstaaten, so die CDU-Bun-

destagsabgeordnete, sei „noch nicht reif für eine Werte- und Rechtsgemeinschaft“ mit dem Westen. Eine EU-Ost-Erweiterung dürfe es „ohne Heilung des Vertriebenenunrechts“ nicht geben, forderte Steinbach, die an diesem Wochenende vor den Sudetendeutschen spricht.

Aus ihrer Sympathie für Südtiroler Deutschumsfanatiker macht sie ebenfalls keinen Hehl: „Die haben zwar Masten gesprengt, aber damit auch viel erreicht.“ Den Bundeskanzler glaubt sie trotz ihrer rigiden Positionen hinter sich: „Der will ja seine Wahlen gewinnen.“

STUDIUM

„Druck im Kessel“

Krista Sager, 44, bündnisgrüne Wissenschaftssenatorin in Hamburg, zur sozialen Lage der Studenten

SPiegel: Nach neuesten Untersuchungen des Studentenwerks studieren immer weniger Arbeiterkinder. Wird das Studium zum Privileg der Besserverdienenden?

Sager: Die Gefahr besteht. Das kann sich unsere hochentwickelte Volkswirt-

schaft aber nicht leisten. Die Förderung von Exzellenz und Begabung darf nicht von der sozialen Herkunft abhängen.

SPiegel: Nur noch 17 Prozent der Studierenden in Westdeutschland erhalten Bafög. Auch eine rot-grüne Bundesregierung könnte keine Geschenke verteilen, die Staatskassen sind leer.

Sager: Die Grünen wollen das jetzige Bafög sowie Kindergeld und Freibeträge zu einer elternunabhängigen Unterstützung für alle Studierenden zusammenfassen. Zusätzlich sollen diejenigen Akademiker, die nach ihrem Studium gut verdienen, in einen Fonds einzahlen.

SPiegel: Aber das bedeutet doch nachträgliche Studiengebühren.

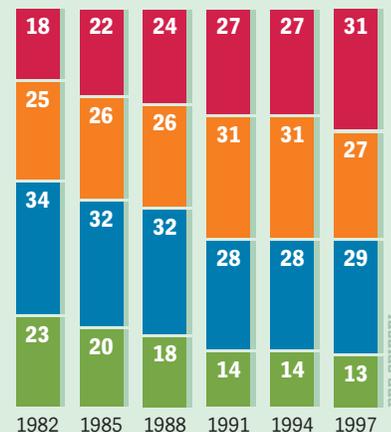
Sager: Das wäre jedenfalls sinnvoll und gerecht. Gebühren vom ersten Semester an oder der Zwang zur Verschuldung schrecken sozial schwache Studierende ab. Was wir brauchen, ist ein akademischer Generationenvertrag, denn die finanziellen Gewinner einer wissenschaftlichen Ausbildung können doch etwas an die Gesellschaft zurückzahlen.

SPiegel: Sollte die staatliche Unterstützung nicht stärker als bisher von Leistungen im Studium abhängig sein?

Soziale Herkunft der Studenten

nach beruflicher Position und Bildungsabschluß der Eltern, in Prozent

- hohe
- gehobene
- mittlere
- niedrige



Quelle: Deutsches Studentenwerk, ab 1991 mit neuen Ländern

Sager: Jede finanzielle Studienunterstützung ist begrenzt, damit ist genug Druck im Kessel.



Sager